

Stadt Heidelberg
Dezernat I, OB-Referat - Geschäftsstelle Ausländerrat / Migrationsrat, Jugendgemeinderat

**Einrichtung und Ausgestaltung der Stelle
eines Integrationsbeauftragten**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 13. November 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Ausländerrat/Migrationsrat	07.11.2006	Ö		

Beschlussvorschlag:

Der Ausländerrat/Migrationsrat beschließt folgenden Auftrag an die Verwaltung:

Ab 01.01.2007 soll die Stelle eines Integrationsbeauftragten auf ehrenamtlicher Basis geschaffen werden. Die Aufgabe soll Herrn Herbert Braun übertragen werden.

Außerdem soll ein Sekretariat mit einer Ganztagskraft besetzt werden, die neben der Unterstützung des Integrationsbeauftragten die Geschäftsstelle des Ausländerrates/Migrationsrates und des Jugendgemeinderates mitbetreuen kann.

Dafür sollen in der Bergheimer Str. 69 zwei Räume mit der entsprechenden Ausstattung eingerichtet werden.

Der Integrationsbeauftragte soll ein eigenes Budget mit Mitteln für Geschäftsausgaben, Projekte, Reisekosten, Veranstaltungen etc. erhalten.

Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 07.11.2006

Ergebnis: vertagt

Begründung:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 02.08.2006 im Rahmen der Beschlussvorlage „Demographischer Wandel in Heidelberg – Handlungskonzept“ auf Vorschlag des Ausländerrates/Migrationsrates u.a. die Einrichtung eines Ausländerbeauftragten beschlossen.

Dieser soll die verschiedenen Ämter in Fragen der Integration beraten und jeweilige Maßnahmen oder Projekte koordinieren. In seinen Aufgabenbereich soll der Netzwerkaufbau der Gruppen, Initiativen und Einrichtungen innerhalb der Stadt fallen, darüber hinaus auch die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit anderen Städten und Kommunen.

Außerdem kann er bei den folgenden Vorschlägen des Ausländerrates/Migrationsrates unterstützend wirken:

1. Durch einen Bericht zur „Sozialen Lage“ soll die Wirklichkeit der Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten festgestellt werden, um sinnvolle Integrationsmaßnahmen zu ergreifen. Eine effektive Vorgehensweise dafür ist die Durchführung von Umfragen und Interviews.
2. Bildung eines Forums von Institutionen und Gruppen (beispielsweise aus Verwaltung, Gemeinderat, Ausländerrat/Migrationsrat, verschiedene Einrichtungen, Institutionen, Vereine und Initiativen), die für die Integration der Migrantinnen und Migranten arbeiten.
3. Schaffung einer Begegnungsstätte der Kulturen, in der verschiedene ethnische Gruppen und deutsche Einwohner/innen die Vielfalt der Kulturen erfahren und die Kommunikation der Gruppen in vielfältiger Form gefördert wird.
4. Eine demokratische Verhaltensweise und das Bewusstsein der allgemeinen Menschenrechte für alle Einwohner/innen der Stadt soll früh schon im Kindergarten und in der Schule unterrichtet werden. Kein Kind soll aus religiösen oder ethnischen Gründen davon ausgeschlossen werden dürfen.

Für die Einrichtung eines Ausländer- oder Integrationsbeauftragten macht der Vorstand des Ausländerrates/Migrationsrates folgende Vorschläge:

Ab 01.01.2007 soll die Stelle des Integrationsbeauftragten auf ehrenamtlicher Basis eingerichtet werden. Für diese Aufgabe stellt sich Herr Herbert Braun zur Verfügung, der dabei auf seine langjährige Erfahrung und seine Kontakte als Geschäftsführer des Ausländerrates/Migrationsrates zurückgreifen kann.

Außerdem ist die Einrichtung eines Sekretariats mit einer Ganztagskraft erforderlich, die neben der Unterstützung des Integrationsbeauftragten die Geschäftsstelle des Ausländerrates/Migrationsrates und des Jugendgemeinderates, vor allem in den Abwesenheitszeiten der dortigen Mitarbeiterin (Urlaub, Termine, Krankheit), betreuen kann.

Dafür ist die Einrichtung von 2 Räumen mit der entsprechenden Ausstattung in der Bergheimer Str. 69 nötig. Der Integrationsbeauftragte soll ein eigenes Budget mit Mitteln für Geschäftsausgaben, Projekte, Reisekosten, Veranstaltungen etc. erhalten.

Ein entsprechender Auftrag soll über die Oberbürgermeisterin an die Verwaltung gerichtet werden.

gez.
Yeo-Kyu Kang
Vorsitzende